

Petition für einen Volksentscheid zu "Stuttgart 21"

Der Bundestag möge die Bundesregierung dazu auffordern, die gesamte Planung, einschließlich aller Studien, zum Projekt "Stuttgart 21" offenzulegen beziehungsweise offenlegen zu lassen. Ferner soll die Regierung Ihren Einfluss als Mitfinanzierer dazu nutzen, dass die baden-württembergische Landesregierung einen verpflichtenden Volksentscheid durchführt.

Erläuterung:

Seit Jahren ist das Projekt "Stuttgart 21" in Stuttgart sowie ganz Baden-Württemberg höchst umstritten. Die aktuellen Proteste gegen den Baubeginn zeigen, dass die Bevölkerung in Bezug auf "Stuttgart 21" sehr gespalten ist. Diese Spaltung durchzieht alle Bevölkerungs- und Altersschichten. Um diese nun schon seit Jahren schwelende Kontroverse um das Projekt "Stuttgart 21" endlich aufzulösen, gibt es von beiden Seiten nur eine akzeptierte Lösung: Den Volksentscheid auf Landesebene. Jedes Votum der Bevölkerung, egal ob pro oder contra "Stuttgart 21", würde von beiden Parteien akzeptiert werden. Mit einem Volksentscheid, der innerhalb von wenigen Monaten durchführbar wäre, hätten beide Parteien eine eindeutige und belastbare Aussage über den Bürgerwillen. Bei einer Entscheidung pro "Stuttgart 21" würden die Bauarbeiten ohne Behinderung durch Demonstranten durchgeführt werden können, was eine enorme Kosten- und Zeitersparnis bedeuten würde. Bei einer Entscheidung gegen "Stuttgart 21" muss ein neues Konzept mit Bürgerbeteiligung erstellt werden, welches dann den Rückhalt in der Bevölkerung hat. Aufgrund der Bedingungen für Volksentscheide ist es derzeit in Baden-Württemberg praktisch unmöglich, einen Volksentscheid durch ein Volksbegehr auf Landesebene herbeizuführen. Daher gab es in Baden-Württemberg noch nie einen Volksentscheid.